



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Interpellation von Daniel Altermatt, Grünliberale: Diskriminierung der KMUs durch die Wirtschaftskammer?
Autor/in: [Daniel Altermatt](#)
Mitunterzeichnet von: --
Eingereicht am: 10. September 2015
Bemerkungen: --
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Das Kantonsspital Baselland (KSBL) sowie die Psychiatrie Baselland sind bekanntlich der Wirtschaftskammer und damit auch der Ausgleichskasse 114 und der GEFAK beigetreten. In der Medienmitteilung vom 11. Mai 2015 bestätigt das KSBL, dass dieser Übertritt "kostenneutral" erfolgte.

Für KMUs sind die Kosten einer Mitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer zusammen mit den Gebühren der Sozialversicherungen bei der Wirtschaftskammer signifikant höher als die kumulierten Kosten bei der kantonalen Ausgleichskasse in Binningen. Wie das KSBL bestätigt, sind aber die Beiträge derart reduziert worden, dass eine "Kostenneutralität" entstand.

KSBL und Psychiatrie BL verweigern allerdings eine Offenlegung konkreter Zahlen, obwohl dies - da im Besitze des Kantons - eigentlich im öffentlichen Interesse wäre. Insbesondere sollte der Verdacht ausgeräumt werden, dass öffentlich-rechtliche Institutionen von privaten KMUs quersubventioniert werden. Denn letztere zahlen offensichtlich höhere Prämien.

Fragen:

- 1. Ist es aus Sicht des öffentlichen Interesses des Kantons zulässig, dass einzelne seiner Beteiligungen, wie das KSBL und weitere, bei einer privaten Versicherung wie der GEFAK für Leistungen versichert sind, die sie bei der kantonalen Ausgleichskasse - ohne Sonderrabatte - deutlich günstiger beziehen können?**
- 2. Ist es aus Sicht des öffentlichen Interesses des Kantons zulässig, dass einzelne seiner Beteiligungen, wie das KSBL und weitere, bei einer privaten Versicherung wie der GEFAK Sonderkonditionen erhalten, die zu einer Diskriminierung anderer, privater Versicherter der gleichen Versicherung führen kann?**
- 3. Können die effektiven Beiträge resp. Beitragssätze offen gelegt werden? Wenn nein: Warum nicht; wenn ja: Wie hoch sind diese?**
- 4. Für "normale" Mitglieder verlangt die GEFAK Zuschläge für "Dienstleistungen" letztlich politischer Natur. Wie ist sichergestellt, dass die Prämienzuschläge des KSBL - und weiterer - nicht für Zwecke der Wirtschaftskammer verwendet werden?**
- 5. Entspricht ein Anschluss der Beteiligungen des Kantons an die Wirtschaftskammer der aktuellen und künftigen Eignerstrategie des Regierungsrats?**